

Botschafterkonferenz 1965

Beilage 3

Referat von Herrn Bundesrat W a h l e n

D i e S t e l l u n g d e r S c h w e i z

i n d e r W e l t



Beilage 3Die Stellung der Schweiz in der Welt

Referat von Herrn Bundesrat Wahlen

Zum Problem des Ansehens der Schweiz im Ausland hat Herr Nationalrat Sauser, Mitglied der nationalrätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten, am vergangenen 28. Juli folgende Fragen gestellt:

"In letzter Zeit mehren sich die Pressestimmen, welche behaupten, das Ansehen der Schweiz im Ausland habe beträchtliche Einbussen erlitten. Als Gründe werden hauptsächlich genannt: Fehlendes Frauenstimmrecht, Festhalten an der Neutralität, Nichtmitgliedschaft bei der UNO und fremdenpolizeiliche Massnahmen gegenüber Ausländern.

Ich wäre dem Chef des Eidgenössischen Politischen Departements dankbar, wenn er sich auf Grund der ihm zur Verfügung stehenden Informationen zu folgenden Fragen äussern würde:

- 1) Ist ein Sympathieschwund für die Schweiz allgemein oder in bestimmten Ländern tatsächlich festzustellen?
- 2) Falls Frage 1 bejaht werden muss: Ist diese Erscheinung auf die oben erwähnten Gründe oder auf andere Ursachen zurückzuführen?
- 3) Sind bestimmte Massnahmen geplant oder bereits eingeleitet, um im Ausland allfällige irrtümliche Auffassungen über die Schweiz zu berichtigen und das Verständnis für unsere politische Haltung zu verbessern? "

Es dürfte Sie sicher interessieren, nicht nur von meiner Antwort Kenntnis zu nehmen, die ich hier in unveränderter Form wiedergeben werde, sondern auch von der Art und Weise, wie vom Vertreter des Bundesrates zu derartigen Fragen eines Mitgliedes unserer eidgenössischen Räte Stellung genommen wird. In der gestrigen Sitzung der auswärtigen Kommission des Nationalrates habe ich ausgeführt:

./.

- 2 -

"Die Aktualität der drei Fragen, die Herr Nationalrat Sauser dem Sprechenden unterbreitet hat, wird durch den Umstand unterstrichen, dass sich auch der diesjährige Auslandschweizertag mit ihnen befasste, und dass in letzter Zeit die internationale Stellung Genfs, ihr Platz in unserer Aussenpolitik und die ganz besondere Strahlungskraft dieses internationalen Treffpunktes, im guten und im schlechten Sinne, zur Diskussion stand. Ich werde also etwas ausführlicher auf das Problem eintreten, als das gewöhnlich bei der Beantwortung von Fragen der Kommissionsmitglieder der Fall ist, und das um so mehr, als ich ohnehin beabsichtigte, Sie über die mit dem Sitz der UNCTAD zusammenhängenden Fragen zu orientieren.

Wir Schweizer sind wohl in dem Sinne verwöhnt, dass wir das gute Renommee unseres Landes als etwas Selbstverständliches, als etwas Wohlverdientes betrachten und in der Vergangenheit vielfach Kritiken an unserem Land, seinen Institutionen und den Gewohnheiten unseres Volkes auf Unwissenheit oder Böswilligkeit zurückführten. Darin mag uns die Absurdität der faschistischen und nationalsozialistischen Angriffe und ihre Widerlegung durch den Gang der Geschichte bestärkt haben. Etwas mehr Selbstkritik, ein aufmerksames Aufhorchen auf Kritiken von aussen tut heute sicher not. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass durch das Zusammenrücken der Völker, durch den Siegeszug der Massenkommunikationsmittel alte Leitbilder sehr viel rascher zerstört werden können als das früher der Fall war. Das ganz besonders, wenn diese Leitbilder einfach auf Hörensagen beruhen, ohne durch Kenntnisse im Einzelnen fundiert zu sein; und man muss schon sagen, dass es beispielsweise bei der Eigenständigkeit und Kompliziertheit unserer Institutionen eines guten Stückes Arbeit bedarf, um als Ausländer fundierte Kenntnisse über die Schweiz zu erwerben. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an das Ergebnis einer sorgfältigen Sondierung unseres Beobachters in den Wandelhallen des Glaspalastes in New York, das ich Ihnen in anderem Zusammenhang mitteilte. Er kam zum Schluss, dass die Sonderstellung der Schweiz, ihre strikte

./.

- 3 -

Neutralität und ihr Fernbleiben von den Vereinten Nationen bei den neuen Ländern Afrikas einfach diskussionslos hingenommen würden, dass man sie als eine Art Tabu behandle. Aber - so fügte er hinzu -, es handelt sich um ein sehr labiles Tabu. Im Moment, da die Leute, für die es das Leitbild der Schweiz darstellt, durch unser Verhalten Zweifel bekämen, ihm vor allem rein materielle Ueberlegungen zugrunde legten, wäre dieses Leitbild zerstört. Wir sitzen, darüber besteht für mich kein Zweifel, für die Dritte Welt mit unserem guten Ruf in einem Glashaus.

Herr Nationalrat Sauser nennt als Gründe, die unserem Ansehen im Ausland schaden, das fehlende Frauenstimmrecht, das Festhalten an der Neutralitätspolitik, die Nichtmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen und fremdenpolizeiliche Massnahmen gegenüber Ausländern. Dr. Martin Hürlimann zog in seinem viel zitierten Artikel "der hässliche Schweizer" in der NZZ vom 21. Juni den Kreis noch weiter: Das Bankgeheimnis, Fragen des Verkehrs und Tourismus, die komplizierte Referendumsdemokratie, und das menschliche Verhalten Ausländern gegenüber. Dazu kommen besondere Vorfälle, die, wie eine Umfrage unter einer Anzahl unserer Botschafter zeigte, sich besonders in gewissen direkt berührten Ländern schädlich auswirkten, wobei es sich in einzelnen Fällen um rein vorübergehende Einflüsse handeln mag. So ist wohl der bedauerliche Eindruck der Zermatt-Affäre in Grossbritannien durch die grosszügige Wiedergutmachung und das Jahr der Alpen weitgehend getilgt, die Lord Arran Verleumdungen sind durch die Hilfe vieler Engländer abgeschwächt, die Gnome von Zürich werden hoffentlich nicht in den Alltags-Sprachgebrauch übergehen, und auch die langfristigen Auswirkungen fragwürdiger Bücher wie Sir John Lomax "The Diplomatic Smuggler" und ähnlicher Erzeugnisse wird man nicht zu tragisch einschätzen müssen. Das gleiche mag zutreffen für einige kurzfristige Pressekampagnen, wie die über Einzelfälle fremdenpolizeilicher Massnahmen, die angeblich schlechte Behandlung holländischer au pair Mädchen, die Munoz-Affäre u.a. Aber wir dürfen sie doch nicht auf die leichte Schulter nehmen.

./.

Auch wenn sie im Einzelnen vergessen werden, bleibt eine Trübung des Bildes der Schweiz zurück. Das um so mehr, wenn es uns nicht gelingt, die Gründe zu stets wieder erneuerten und berechtigten Angriffen wie beispielsweise das fehlende Frauenwahl- und -stimmrecht zu beseitigen. Hier sind wir mit Afghanistan, Irak, Jordanien, Kuwait, Saudi-Arabien, Jemen und Nord-Nigerien in nicht gerade rühmlicher Gesellschaft, und es hält immer schwerer, die Sonderverhältnisse unserer Referendumsdemokratie im Verhältnis zum Frauenstimmrecht zu erklären. Auch die konfessionellen Ausnahmeartikel, die kein anderer Rechtsstaat mehr kennt, sind kein Ruhmesblatt für uns. In beiden Fällen müssen aber Bundesrat und Parlament mit grosser Sicherheit bei einer Abstimmung auf das Mehr von Volk und Ständen zählen können, weil eine Verwerfung bezüglicher Vorlagen unserem Ansehen grössten Schaden zufügen müsste. Hier stellt sich eine grosse, kräftig an die Hand zu nehmende Arbeit für die politischen Parteien unseres Landes, die gerade durch den Umstand erschwert wird, der zu unserer heutigen Diskussion führt. Ein Grossteil der Stimmbürger würde nämlich ausgesprochen negativ reagieren, wenn sie hinter den Revisionsvorschlägen ausländisches Interesse vermuteten, oder wenn die Befürworter zu stark die Unvereinbarkeit der betreffenden Verfassungsbestimmungen mit internationalen Konventionen in den Vordergrund rückten. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, dass die kürzlich angekündigte Artikelserie der NZZ zu einer Belebung des Gesprächs um das Frauenstimmrecht führt, und dass endlich auch einige Kantone der deutschen Schweiz die noch bestehenden Widerstände auf kantonalem Boden zu überwinden vermögen.

In der Einschätzung der Schweiz im Ausland spielt auch der Neid eine Rolle. Das gilt besonders für die kleinen kriegsgeschädigten Länder Europas, die nach dem ein- oder zweimaligen Schiffbruch ihrer Neutralitätspolitik das Steuer herumgeworfen haben und nun ihr Heil in der kollektiven Sicherheit eines Militärpaktes oder in der wirtschaftlichen und politischen Integration suchen. Für sie, die das Gefühl haben, eine wirkliche, auch das Risiko

nicht scheuende Solidaritätspolitik zu treiben, scheint unsere Neutralitätspolitik auf rein egoistischen Motiven aufgebaut zu sein. Ich erinnere in diesem Zusammenhang als Illustration des Gesagten an gewisse Aeusserungen des holländischen Senators Paul Kapteijn im Euröparat, die einigen der anwesenden Herren in lebhafter Erinnerung sind.

Der Neid spielt auch eine Rolle bei der Beurteilung der Rolle der Schweiz im internationalen Kapitalmarkt und insbesondere des Bankgeheimnisses, gegen das in den Vereinigten Staaten eine nicht abreissende Polemik im Gange ist. Als symptomatisch mag auch hier ein Ausspruch des eben genannten Senators Kapteijn im Europarat zitiert sein. Er sagte 1962: "Die Schweizerbanken sind zum Hort des Flichtkapitals vieler vergangener und gegenwärtiger Diktatoren geworden: daran klebt Blut." Es ist klar, dass Affaeren wie die von Khider, Munoz, Trujillo für solche Kritiker willkommenes Oel ins Feuer giessen. Dabei liegt es im Wesen des Bankengeheimnisses begründet, dass man solchen Anschuldigungen nicht mit Beispielen entgegentreten kann, in denen es sich zugunsten Verfolgter und Entrechteter auswirkt. Objektive Aufklärung wie sie z.Z. die schweizerische Bankiervereinigung in den USA mit Hilfe unserer Botschaft durchführt, tut not. Darüber hinaus ist dem Umstand Beachtung zu schenken, dass das Bankengeheimnis sich nicht nur auf die soliden und verantwortungsbewussten Schweizerbanken bezieht, sondern leider auch die Niederlassungen oft zweifelhafter ausländischer Banken in Manipulationen schützt, für die es nicht geschaffen wurde.

Eine neue Quelle von Schwierigkeiten erwuchs uns aus den verschiedenen Aspekten des Problems, das gemeinhin unter dem Begriff der "Ueberfremdung" zusammengefasst wird: Grundstückskäufe durch Ausländer, wirtschaftlich und währungspolitisch unerwünschter Zustrom von "hot money", dann ganz besonders das Fremdarbeiterproblem und das Unbehagen in Genf über die Zunahme der Zahl internationaler Funktionäre mit ihren Privilegien. Wir haben auf all diesen Gebieten legitime Sorgen, die bei objektiver Darstellung auch im Ausland begriffen würden. Es gibt aber in al-

len diesen Fragen einen Punkt, von dem aus wir nicht mehr verstanden werden, und das ist der Punkt, von dem an eine gerechtfertigte Sorge um eine Entwicklung, die wir selbst gewollt und selbst gefördert haben, in eine primitive Xenophobie umschlägt. Ich brauche Ihnen keine Einzelheiten in Erinnerung zu rufen. Der Höhepunkt der Kampagne gegen das Italiener-Abkommen ist überschritten, und der Bundesrat ist mit der nicht leichten Aufgabe beschäftigt, die Reduktion der Zahl der Gastarbeiter mit den Erfordernissen der Wirtschaft in Uebereinstimmung zu bringen.

Einer etwas ausführlicheren Behandlung bedarf der Fall Genf. Sie gibt gleichzeitig Gelegenheit, Sie über die Entwicklungen der Sitzfrage der UNCTAD (United Nations Conference for Trade and Development) zu informieren.

Dank insbesondere durch die Unterstützung der Entwicklungsländer wurde bei der ersten Sitzung des UNCTAD-Rates in New York im April dieses Jahres, als es sich um die Bestimmung des Sitzortes handelte, Genf einstimmig vor New York der Vorzug gegeben. Italien unterbreitete bereits im gleichen Monat die Kandidatur Roms, falls sich bei Genf Schwierigkeiten ergeben sollten. Das FIPOI-Referendum (Fondation immobilière pour les Organisations internationales) wirkte bei den UNCTAD-Mitgliedern konsternierend. Unser UNO-Beobachter in New York wurde mit Fragen bestürmt, ob Genf und damit die Schweiz wirklich kein Interesse mehr am Sitz internationaler Organisationen hätten. Die Lage wurde durch die italienische Regierung in einer gelinde gesagt wenig erfreulichen Art und Weise ausgenützt, um den UNCTAD-Sitz doch noch nach Rom zu bringen. In welchem Masse dafür bei den ausländischen Regierungen Propaganda gemacht wurde, habe ich anlässlich meiner kürzlichen Unterredung in Mexico mit Aussenminister Carrillo Flores selbst feststellen können. Es wurde von einer Genfer Xenophobie und sogar von Rassendiskrimination gesprochen. Italien offerierte ausserordentlich günstige Bedingungen, so beispielsweise für das Sekretariat der UNCTAD und das BIT einen jährlichen Mietzins für die Gebäude von 1 Dollar und dies während 40 Jahren. Mit der Sitznahme der UNCTAD in Rom,

./.

gefolgt von der Verlegung des BIT in die gleiche Stadt, hätte eine Erosionsbewegung der internationalen Organisationen aus der Schweiz nach dem Ausland begonnen. Ich hatte daher eine Unterredung mit dem Genfer Staatsrat, der sich bereit erklärte, seine Bedingung für den UNCTAD-Sitz, d.h. die Plafonierung der Beamten auf 200, aufzugeben. Ich besprach mich ebenfalls mit den "Vigilants". Der Bundesrat veröffentlichte hierauf ein Communiqué, worin er u.a. bestätigte, dass er sich an die im Sitzabkommen mit der UNO eingegangenen Verpflichtungen halten werde. Gleichzeitig wurde auf diplomatischem Wege bei den 55 Ratsländern ein Memorandum zur Unterstützung Genfs als Sitzort übergeben.

Bei der kürzlich eröffneten Ratssitzung in Genf zeigte sich, dass die italienischen Demarchen verhältnismässig grossen Schaden für unser Land angerichtet haben. Der Ausgang der Verhandlungen über die Sitzfrage ist heute noch ungewiss.

Die Kontroversen um Genf, die sich immer noch in der Presse widerspiegeln, haben gezeigt, wie labil das Tabu "Sonderfall Schweiz" bei den Entwicklungsländern verankert ist. Es zeigen sich auch die Folgen einer Referendumsdemokratie, die bei vielen dieser Länder als übertrieben empfunden wird. Wenn das ganze Schweizervolk zur Urne gerufen wird, um über die Art des Pastmilchverkaufs oder die Höhe der Taggelder der Nationalräte zu entscheiden, so mag man lächeln - muss aber zur Urne geschritten werden, um über 50.000 Franken als kantonaler Beitrag an eine Stiftung zur Unterbringung internationaler Organisationen abzustimmen, so hört das Lächeln auf. Dies geschah ausserdem in einem Kanton, der die geringste Steuerbelastung in der Schweiz aufweist und wo eine Steuererhöhung für die notwendige Aufbesserung der Infrastruktur unter Hinweis auf die Steuerprivilegien der internationalen Funktionäre verworfen wurde; dies wurde vom Ausland als Ausdruck einer wachsenden Feindseligkeit gegen internationale Organisationen und als Xenophobie empfunden. Die Konsequenzen aus dieser Haltung hat nicht allein der Kanton Genf, sondern die ganze Eidgenossenschaft zu tragen.



Zum Abschluss der negativen Seite der Bilanz noch ein Hinweis auf die rein menschliche Seite. Sie wurde am Auslandschweizertag in Solothurn besprochen. In den Fragebogen, die zum Hauptthema der Tagung "die Präsenz der Schweiz" verteilt worden waren und in mehreren Referaten von Auslandschweizern wurde u.a. gesagt, wir seien nach Auffassung des Auslandes überheblich, von einem zunehmenden unverantwortlichen Materialismus erfasst; unser Wohlstand verderbe unsere guten Sitten; wir seien selbstgefällig; das Land sei zwar geordnet, leide aber unter bürokratischer Phantasielosigkeit; wir seien kleinlich, pedantisch; auffallend sei der Zerfall der Familien u.s.w. Interessant ist im Bericht meines Beobachters in Solothurn der Hinweis, am wenigsten scheine unser Ruf in der Bundesrepublik gelitten zu haben. Das mag davon herrühren, dass wir z.T. an den gleichen Uebeln kranken.

Sie sehen, meine Herren, das Inventar an Negativem, das ich Ihnen präsentiere, ist nicht erfreulich. Eine richtige Bilanz, die auch die positiven Seiten enthalten müsste, wäre sicher ermutigender. Aber es geht uns hier im Sinne der dritten Frage von Herrn Nationalrat Sauser um die Massnahmen, die Verbesserungen herbeiführen können. Die Vorkehren interner Art würden Stoff zu einem Referat für sich liefern. Ich übergehe sie hier, um mich auf die Massnahmen zu beschränken, die unsere Präsenz im Ausland verstärken können.

Diese Aufgabe fällt in erster Linie unseren Vertretungen im Ausland zu, und da spielen natürlich nicht nur ihre Zahl, sondern besonders auch die Qualifikationen des diplomatischen und konsularischen Corps, das Geschick und die Hingabe, mit denen die Arbeit ausgeführt wird, eine grosse Rolle, was die Dichte unserer Vertretungen betrifft, so hat sich im letzten Vierteljahrhundert ein sehr grosser Wandel vollzogen.

./.

1938 zählten wir 22 Gesandtschaften und 103 Konsulate, wovon 13 Generalkonsulate. Heute sind es 68 Botschaften, 5 permanente Delegationen (Brüssel, New York, Genf, Paris, Berlin), 98 Konsulate, wovon 40 Generalkonsulate. Und dabei wird gesagt, es sei ein grosser Fehler, dass der gleiche Botschafter in verschiedenen Ländern akkreditiert ist, wie das namentlich für Afrika und Asien zutrifft.

Was die Qualität betrifft, so legen wir allergrösstes Gewicht auf die Auslese und Förderung des Nachwuchses. Das ist keine leichte Aufgabe zu einer Zeit, da die naturwissenschaftlichen und technischen Berufe eine so grosse Anziehungskraft ausüben, und da es bei der Wahl der diplomatischen Karriere immer noch alte, unhaltbar gewordene Vorurteile zu überwinden gilt. Sie ist heute tüchtigen Anwärtern aus allen Ständen offen.

Auch die Repräsentation spielt eine Rolle. Wenn wir heute Botschaften statt Gesandtschaften und Botschafter statt Minister haben, so hat das mit Eitelkeiten oder Prestigebedürfnis nichts zu tun, sondern es geht lediglich darum, die Schlüssel zu besitzen, welche in die Schlösser passen, die nun einmal in die Zugangstüren der Hauptstädte eingebaut sind. Ähnliches gilt für Botschaftsgebäulichkeiten. Hier ist in den letzten Jahren viel getan worden, um auch in den Aeusserlichkeiten schweizerische Gediegenheit sprechen zu lassen. Auch der "Centro Svizzero" in Mailand, sowie die in London und New York im Bau begriffenen und anderwärts geplanten Swiss Centers wirken in dieser Richtung positiv.

In neuer Zeit spielt die technische wirtschaftliche und finanzielle Entwicklungshilfe eine sehr bedeutende Rolle in der Formung unseres Verhältnisses mit den Entwicklungsländern. Auch hier sind es nicht so sehr die Wahl der Projekte und die Höhe der Aufwendungen, die zählen, obschon wir hier, namentlich in der Finanzhilfe, unbedingt weitergehen müssen. Ausschlaggebend sind aber die Auswahl und Fundierung der Projekte, und

die fachlichen und menschlichen Qualitäten der Experten. Ich weiss aus reicher Erfahrung, wie stark der Erfolg der Arbeit an sich, aber auch Anbahnung guter menschlicher und zwischenstaatlicher Beziehungen von diesen Faktoren abhängig sind.

Leider zeigt eine Umfrage der früheren SHAG, heutige Helvetas, dass die Popularität der Entwicklungshilfe in unserem Land keineswegs gefestigt, sondern eher im Abnehmen begriffen ist, trotz der sehr guten Publizität des Delegierten für technische Zusammenarbeit. Hier sind also vermehrte Anstrengungen erforderlich.

Die Beschickung von Ausstellungen ist ein weiteres Mittel, die Präsenz der Schweiz zu dokumentieren. Der privaten Initiative sind allerdings durch eine nicht zu verkennende Ausstellungsmüdigkeit Grenzen gesetzt. So ist ein Fernbleiben grosser Industrien von der sog. New York World Fair verständlich. Bedauerlich ist es aber, wenn die an sich geringe Beteiligung qualitativ und geschmacklich so viel zu wünschen übrig lässt, wie das hier der Fall ist. Die Darstellung stumpfenrauchender Kühe kann auch bei Hinterwäldnern aus dem Midwest kaum als Kulturpropaganda empfunden werden. Bei offiziellen Ausstellungen - etwa die Verkehrsausstellung in München, die Welstausstellung Montreal 1967 - ist die Bundesbeteiligung unumgänglich, der Umfang nicht so wichtig, die Qualität oberstes Prinzip.

Gewisse aussergewöhnliche Anlässe sind ganz besonders geeignet, auf die Stellung der Schweiz vorteilhaft einzuwirken. Genannt seien Staatsbesuche, wie der bevorstehende Besuch des dänischen Königspaares oder Manifestationen, wie jene zur Feier des 100jährigen Bestehens der japanisch-schweizerischen Beziehungen.

Die Interessen der Schweiz im Ausland werden aber nicht allein vom Bund gefördert. Jeder Auslandschweizer, der auf seinem Posten gute Arbeit leistet, ist ein Aktivposten unserer Präsenz in der Welt. Die für das nächste Jahr zu erwartende An-

nahme des Auslandschweizerartikels der B.V. sollte dazu beitragen, nicht nur die Verantwortung der Heimat gegenüber der fünften Schweiz, sondern auch die Verantwortung jedes Auslandschweizers als Botschafter seines Landes zu stärken. Dann ist zu erinnern an die Tätigkeit der schweizerischen privaten und semi-privaten Organisationen wie der Schweizerische Kurzwelldienst, die Schweizerische Verkehrszentrale, die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung, vereinzelt Industriegruppen wie die Uhrenindustrie, nicht zu vergessen die Swissair, die für die Schweiz sehr viel "good will" schafft, und dann die karitativen Organisationen, vorab das Rote Kreuz, die Missionen, die Organisationen, die sich in enger Zusammenarbeit mit dem Bund um Projekte der Entwicklungshilfe bemühen. Und endlich, in einer Klasse für sich, weil jeglichen Verdachtes von wirtschaftlichen oder politischen Interessen entoben, die Stiftung Pro Helvetia. Sie wissen, dass der Bundesbeitrag an diese Stiftung von den heutigen 1.2 Mio Franken in den nächsten Jahren stufenweise auf 4 Mio Franken gehoben werden soll.

Es ist mir ein grosses Anliegen, dass unsere diplomatischen Vertretungen mit all diesen Organisationen, und ganz besonders mit der letztgenannten, aufs engste zusammenarbeiten. Unsere Botschaften dürfen nicht nur wirtschaftliche Aussenposten sein, sondern Ausstrahlzentren schweizerischen Kulturstrebens und Antennen für das, was uns das Ausland an kulturell und wissenschaftlich Wertvollem zu bieten hat. In diesem Sinne möchte ich abschliessend die gestellte Frage dahin beantworten, dass der Bundesrat sich der Aufgabe bewusst ist, die unsere Zeit auf diesem Gebiet stellt, und dass er alles in seiner Macht liegende vorkehrt, um sie zu lösen. Dabei bleibt er aber in hohem Masse auf die Mitarbeit der politischen Parteien, der Organisationen aller Art, der Presse und des einzelnen Bürgers angewiesen.